SCHIFFFAHRT

Ruf nach Kapital

Vor dem Hintergrund der Finanzierungskrise in der Schifffahrt fordert der Koordinator der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft, Hans-Joachim Otto (FDP), eine Überprüfung der Bankenregulierung. Die verschärften Eigenkapitalanforderungen an die Kreditinstitute führten zu wachsender Unsicherheit für langfristige Finanzierungsvorhaben. „Wir müssen prüfen, ob die Lage am Kapitalmarkt es notwendig macht, hier nachzusteuern“, sagte Otto. Angesichts des drohenden volkswirtschaftlichen Schadens könne es „nicht tabu sein, darüber mit der EU-Kommission und den zuständigen Bankenregulierern zu sprechen“. Die Geldinstitute würden in Vorbereitung auf die strengen Basel-III-Regeln nur noch kurzfristig Kredite vergeben. Schiffe und andere Investitionsgüter aber müssen zum Teil über zehn Jahre und länger finanziert werden. Otto hatte nach dem angekündigten Ausstieg der Commerzbank aus der Schiffsfinanzierung vergangene Woche die Vertreter der größten Schiffsfinanzierer nach Berlin zu einem Krisengipfel geladen. Dem Ruf der Reeder nach Krediten durch die KfW Bankengruppe erteilte er dort eine Absage: „Wir können nicht jedes Problem in Deutschland mit staatlichen Krediten der KfW überbrücken.“

AGRARROHSTOFFE

Deutsche Bank wiegelt ab

Die Deutsche Bank scheint den Handel mit Agrarrohstoffen nach wie vor wenig kritisch zu sehen. Das geht aus einer Stellungnahme ihres Chefvolkswirts, David Folkerts-Landau, vor dem Entwicklungsausschuss des Deutschen Bundestags Ende Juni hervor. Es gebe kaum stichhaltige empirische Belege für die Behauptung, dass die zunehmende Bedeutung von Agrarfinanzprodukten zu Preissteigerungen oder -schwankungen geführt habe, sagte Folkerts-Landau vor den Abgeordneten. Die Bank wurde zuletzt immer wieder für ihre Spekulationsgeschäfte mit Soja, Weizen oder anderen Agrarrohstoffen kritisiert, unter anderem von der Verbraucherorganisation Foodwatch. Ex-Bank-Chef Josef Ackermann versprach daraufhin, eine Studie über die Auswirkungen von Nahrungsmittelspekulationen vorzulegen. Bis dahin werde man „keine neuen börsengehandelten Anlageprodukte auf der Basis von Grundnahrungsmitteln auflegen“. Foodwatch kritisiert deshalb das „Doppelspiel“ der Bank: Öffentlich gebe sie sich nachdenklich. Aber eigentlich wolle man weitermachen wie bisher. Die Deutsche Bank kommentierte die Einlassungen von Folkerts-Landau nicht und teilte nur mit, dass man bis zum Abschluss der Untersuchung in diesem Bereich besonders sorgsam agieren werde.

Sojaernte in Brasilien

ANDRE PENNER / AP / DDP IMAGES

VERBÄNDE

Handelskammer entlässt Statthalter in Seoul

Die Deutsche Auslandshandelskammer (AHK) in Südkorea hat ihrem Geschäftsführer fristlos gekündigt. In Seoul wirft man dem deutschen Manager Unterschlagung und unsaubere Buchführung vor. Der Vorstand der Kammer hatte Mitte April die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte mit der Aufklärung des Falls betraut. Das Ergebnis wurde auf der Mitgliederversammlung der AHK am 5. Juni in Seoul debattiert. Demnach soll der frühere Geschäftsführer allein in den vergangenen beiden Jahren 200 000 Euro ausgegeben haben, ohne dass es dafür „belastbare Belege“ gegeben habe. Für weitere 20 000 Euro fehlten jegliche Unterlagen. Zudem wirft der Vorstand dem Ex-Geschäftsführer vor, zwei private Feiern auf Kosten der Organisation abgerechnet zu haben. Der Mann, seit 2007 im Amt, bestreitet die Vorwürfe. Verwundert sind Mitglieder der koreanischen Kammer über die Rolle des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) in der Sache. Die bei der Hauptversammlung eigens aus Berlin angereisten Verbandsvertreter interessierten sich offenbar nicht für die mutmaßlichen Verfehlungen des gefeuerten Geschäftsführers, sondern rügten stattdessen, dass der AHK-Vorstand eigene Prüfer mit dem Fall beauftragt habe. Gegenüber dem SPIEGEL klagt DIHK-Chefjurist Stephan Wernicke, es lägen seiner Organisation bislang „keine belastbaren Informationen“ gegen den Ex-Geschäftsführer vor. Entgegen der „mehrfach wiederholten Bitte des DIHK“ habe man aus Seoul bislang weder den Deloitte-Bericht erhalten noch seien „behauptete Unregelmäßigkeiten durch Dokumente belegt“ worden. Die AHK Korea wollte sich zu den Vorgängen nicht äußern.

Seoul

DAGMAR SCHWELLE / LAIF